

2 | 2013

Impulse gegen Rechtsextremismus

Die Anderen sind wir

Ein Europa der Vielfalt gegen Menschenfeindlichkeit*

Einleitung

Frieden, Freiheit, Demokratie immer wieder neu erkämpfen

„Wir haben aus der blutigen ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts gelernt, und wir haben mit der europäischen Einigung in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts die richtigen Schlussfolgerungen gezogen", betonte der Präsident des Europäischen Parlaments, *Martin Schulz,* am 27. Mai 2013 in der Friedrich-Ebert-Stiftung in Berlin. Als eine „zivilisatorische Errungenschaft, die ihresgleichen sucht", kennzeichnete *Schulz* diesen Prozess. Einheit bei gleichzeitiger kultureller Vielfalt, soziale, zivile und ökologische Grundrechte, Demokratie, Pressefreiheit, Versammlungsfreiheit, Meinungsfreiheit: Auf diesen Werten basiere das europäische Gesellschaftsmodell. Die Gefahr aber sei, dass all dies als gegeben hingenommen werde, so *Schulz,* „als sei es uns nichts mehr wert, weil es so selbstverständlich geworden ist." Man müsse aber immer wieder für Frieden, Freiheit und Demokratie kämpfen – und gegen die Feinde der Demokratie! Mit seiner Rede vor rund 500 Gästen ließ der Präsident des Europäischen Parlaments keinen Zweifel daran, dass Rechtsextremisten und Rechtspopulisten europaweit für den politischen Zusammenhalt und das demokratische Gemeinwesen eine große Bedrohung darstellen.



Die Vortragenden waren:

- Kurt Beck
  Vorstand Friedrich-Ebert-Stiftung
- Prof. Dr. Vassiliki Georgiadou
  Panteion Universität Athen
- Dr. Eva Högl, MdB
  Obfrau der SPD im „NSU"-Untersuchungsausschuss
- Prof. Dr. Barbara John
  Ombudsfrau für die Opfer und Opferangehörigen der sogenannten „Zwickauer Zelle"
- Cecilia Malmström
  EU-Kommissarin für Inneres
- Prof. Dr. Michael Minkenberg
  Europa-Universität Viadrina, Frankfurt (Oder)
- Martin Schulz
  Präsident des Europäischen Parlaments
- Dr. Harald Weilnböck
  Koordinator RAN-Derad (Radicalisation Awareness Network)

Moderation der Podiumsdiskussion:

- Dr. Ralf Melzer
  Leiter Projekt „Gegen Rechtsextremismus", Friedrich-Ebert-Stiftung

* *Zusammenfassung der Konferenz vom 27.5.2013 in der Friedrich-Ebert-Stiftung in Berlin.*

Dieses Projekt wird gefördert von:











Impressum | Herausgegeben von Dr. Ralf Melzer und Sebastian Serafin, Friedrich-Ebert-Stiftung, FORUM BERLIN | Text: Barbara Engels | Lektorat: Dr. Angela Borgwardt | Fotos: Julia Kneuse | Layout: Pellens Kommunikationsdesign GmbH, Bonn |

| Hiroshimastraße 17 | 10785 Berlin | Telefon +49 (0) 30 26935-7309 | Fax +49 (0) 30 26935-9240 | ISBN 978-3-86498-695-6 | www.fes-gegen-rechtsextremismus.de



Neuer Sammelband „Rechtsextremismus in Europa“

Während der Konferenz „Die Anderen sind wir: Ein Europa der Vielfalt gegen Menschenfeindlichkeit“, an der Politiker und internationale Rechtsextremismus-Experten teilnahmen, wurde der neue FES-Sammelband „Rechtsextremismus in Europa – Länderanalysen, Gegenstrategien und arbeitsmarktorientierte Ausstiegsarbeit“[1] vorgestellt. Neben Untersuchungen zum radikal rechten politischen Lager in acht ausgewählten europäischen Staaten bietet das in einer deutschen und einer englischen Fassung erschienene Buch weitere thematische Zugänge: So werden unterschiedliche Ansätze und Erfahrungen bei Prävention, Intervention und in der juristischen Auseinandersetzung mit der radikalen Rechten in Europa vorgestellt sowie Gegenstrategien und notwendige Konsequenzen aus dem „NSU“-Skandal diskutiert. Am Beispiel arbeitsmarktorientierter Konzepte wird auch beschrieben, wie der Ausstieg aus der rechtsextremen Szene mit dem Einstieg in Ausbildung, Qualifizierung oder Arbeit verknüpft werden kann. Die länderübergreifende Analyse von Ursprüngen und aktuellen Entwicklungen des Rechtsextremismus zeigt wesentliche Unterschiede innerhalb Europas: So ist der religiöse Ultranationalismus in Mittel- und Osteuropa deutlich stärker verbreitet als in Westeuropa, auch hat es dort nie eine klare Abgrenzung zwischen dem rechtskonservativen Mainstream und der radikalen Rechten gegeben.

Insgesamt ist europaweit ein Erstarken von Rechtsextremismus und Rechtspopulismus festzustellen. In Griechenland oder Ungarn sind die gegenwärtigen Entwicklungen besonders beunruhigend. Aber auch in Staaten, in denen die extreme Rechte zuletzt keine besonderen Wahlerfolge erzielte und nicht im Parlament vertreten ist – wie zum Bespiel in Rumänien – sind extremer Nationalismus und Revanchismus und die Abwertung einzelner Gruppen gesellschaftlich manifest und im öffentlichen wie privaten Diskurs weit verbreitet.







Kurt Beck, Vorstand Friedrich-Ebert-Stiftung

1 Rechtsextremismus in Europa. Länderanalysen, Gegenstrategien und arbeitsmarktorientierte Ausstiegsarbeit. Hrsg. für die Friedrich-Ebert-Stifung v. Ralf Melzer und Sebastian Serafin, Forum Berlin/Politischer Dialog, Projekt „Gegen Rechtsextremismus“. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung 2013, http://library.fes.de/pdf-files/dialog/10030.pdf.



Rechtsextremismus als Herausforderung der Mitte der Gesellschaft

„Wir verstehen Rechtsextremismus vor allem als eine Herausforderung der Mitte der Gesellschaft", betonte der kommissarische Vorsitzende der FES, *Kurt Beck*, in seiner Rede zu Beginn der Konferenz. Auch machte er deutlich, dass die EU nicht zufällig den Rechtsextremisten und Rechtspopulisten über alle Landesgrenzen hinweg ein besonderer Dorn im Auge ist. In der Auseinandersetzung mit dem Problem seien auf allen Ebenen gerade die Institutionen und Programme der EU gefragt, so *Beck.* In dieser Hinsicht bot die Veranstaltung eine Plattform für den Austausch über bereits existierende Ansätze sowie Möglichkeiten, Projekte zu intensivieren und noch besser zu vernetzen. So stellte die EU-Kommissarin für Inneres, *Cecilia Malmström,* unter anderem das von ihr im September 2011 initiierte „Radicalisation Awareness Network" (RAN) vor. Das in thematische Arbeitsgruppen untergliederte Netzwerk ermöglicht EU-weit den Erfahrungsaustausch zwischen Sozialarbeitern, Bildungsexperten und Wissenschaftlern und erarbeitet Politikempfehlungen.

„Wir brauchen europaweit eine starke politische Führung im Kampf gegen Rechtsextremismus", sagte *Malmström.* Gefährlich sei vor allem die Tendenz, dass Vertreter des politischen Mainstreams rechtsextreme Rhetorik übernehmen, betonte die EU-Kommissarin und stellte einen „besorgniserregenden Mangel an politischem Mut" fest.

„Es ist an uns, dafür zu sorgen, dass das Problem immer auf der Agenda ist", unterstrich *Malmström* und zeigte sich besorgt angesichts von Anfeindungen und Gewalt, der sich Asylsuchende, Migranten und Angehörige von Minderheiten tagtäglich in vielen europäischen Staaten ausgesetzt sehen. „Wir brauchen eine positive Debatte über Migration", so ihre Forderung während der Konferenz. Dass in mehreren europäischen Ländern Vertreter der radikalen Rechten in Parlamenten und Regierungen vertreten seien, zeige das Ausmaß und die Gefährlichkeit des Problems, sagte *Cecilia Malmström* und forderte, dass Rechtsextremismus nicht zuletzt im Schulunterricht ausführlich thematisiert werden müsse.

Vertrauen in demokratische Institutionen stärken

„Die Saat von Zwietracht und Groll ist wieder ausgebracht in Europa und damit auch der Nährboden für das rechtsextreme Gedankengut", warnte *Martin Schulz.* Europa durchlebe derzeit eine dramatische Wirtschaftskrise: „Enttäuschung, Frustration, Wut wachsen in Europa, und das untergräbt vor allem das Vertrauen in unsere demokratischen Institutionen." Besonders deutlich wird dieser Zusammenhang in Griechenland, wo die Gleichzeitigkeit von politischer und sozioökonomischer Krise zum Zulauf für die neonazistische Partei „Goldene Morgenröte" beiträgt, die nach neuesten Umfragen die drittstärkste politische Kraft im Land ist.

Das Prinzip der Rechtsextremen, „die Anderen" zum Feind zu machen, sei das Gegenteil der europäischen Idee, betonte *Martin Schulz,* der auch zum Autorenkreis des FES-Sammelbandes gehört. Deshalb müsse sich die EU wieder stärker ihres Charakters als werteorientierter Staatenverbund bewusst werden und ihr Gesellschaftsmodell mit aller Macht verteidigen. „Am erfolgreichsten bekämpfen wir Rechtsextremismus, indem wir Gesicht zeigen", lautete sein Plädoyer. Dazu leiste diese Veranstaltung einen wichtigen Beitrag. Und *Barbara John,* die sich als Ombudsfrau für die „NSU"-Opfer und ihre Angehörigen einsetzt, ergänzte: „Es ist gut und wichtig, sich hier zu versammeln, sich in die Augen zu schauen und sich wiederzuerkennen. Aber Gesicht zeigen heißt vor allem, sein Gesicht Andersgesinnten zu zeigen."

In ihrer Rede lenkte *Barbara John* den Blick auf die Opfer von rechtsextremem Terror. Die Namen der Täter seien allgemein bekannt, aber die Namen der Opfer könne kaum jemand nennen: „Das ist ein Zeichen, über das wir nachdenken müssen." Die Opferangehörigen nähmen eine wichtige Rolle ein, auch weil sie in ihrer Haltung als „Vorbild" genommen werden könnten: „Die Familien der Opfer sagen unisono, dass sie an Deutschland glauben, aber auch nicht wollen, dass es so weiterläuft, wie es gerade läuft. Sie wollen nicht, dass noch einmal jemand das Leid erfahren muss, das sie ertragen müssen", sagte *John.* Sie kritisierte, dass man Rechtsextremismus in Deutschland oft nicht wahrhaben wolle. Gleichzeitig zeigte sich *John* überzeugt, „dass wir kein rassistisches Land sind". „Wir haben eine Karriere als deutsche Gesellschaft gemacht, indem wir eine Einwanderungsgesellschaft geworden sind." Dennoch werde in Deutschland Fremdenfeindlichkeit in all ihren Formen und Ausprägungen nicht aufmerksam genug wahrgenommen und nicht entschieden genug dagegen angekämpft.

Die radikale Rechte in Europa – Trends und Handlungsfelder

In der Podiumsdiskussion betonte *Prof. Dr. Michael Minkenberg,* Politikwissenschaftler an der Europa-Universität Viadrina in Frankfurt (Oder), dass rechtsextremes Gedankengut europaweit in der allgemeinen Öffentlichkeit weit verbreitet sei. „Nicht nur rechtsradikale Parteien stellen ein Problem dar, sondern auch ihr Umfeld und die Gesellschaft, in der sie operieren", so *Minkenberg.* Anders als in den etablierteren Demokratien Westeuropas gebe es in den jungen Demokratien Mittel- und Osteuropas eine „enorme Fluktuation" im Wahlverhalten. Von einer Wahl zur nächsten würden die Ergebnisse mitunter erheblich schwanken: „Neue Parteien tauchen plötzlich auf, alte verschwinden, es gibt keine stabilen Parteienlandschaften in der Region", sagte *Minkenberg.* Weit



Martin Schulz, Präsident des Europäischen Parlaments


Cecilia Malmström, EU-Kommissarin für Inneres


Prof. Dr. Barbara John, Ombudsfrau für die Opfer und Opferangehörigen, der sogenannten „Zwickauer Zelle"

mehr als in Westeuropa sei die Programmatik vieler Parteien stark rückwärtsgewandt und an der vordemokratischen Vergangenheit orientiert. „Völkisches, illiberales, rassistisches Denken" käme unverblümt zum Ausdruck.

Aufschwung der extremen Rechten durch „Krisencocktail"

Hintergründe zum Erstarken der extremen Rechten in Griechenland, insbesondere unter den gegenwärtigen Bedingungen der sozialen und wirtschaftlichen Krise, lieferte *Prof. Dr. Vassiliki Georgiadou* von der Panteion Universität in Athen. In Griechenland ist die rechtsextreme Szene vor allem durch die Partei „Goldene Morgenröte" geprägt. Bei der Parlamentswahl im Juni 2012 erreichte sie knapp sieben Prozent, aktuelle Umfragen sehen sie bei mehr als zehn Prozent und als drittstärkste politische Kraft des Landes. „Ausschlaggebend für den Aufschwung der ‚Goldenen Morgenröte' war, dass wir in Griechenland einen ganzen Krisencocktail erfahren", sagte *Georgiadou.* Die Krise sei politisch und ökonomisch – daher habe die „Goldene Morgenröte" bereits vor der Wirtschaftskrise wachsenden Zuspruch erhalten. *Georgiadou* charakterisierte die Partei als einen „Stoßtrupp" mit streng hierarchischem Führerprinzip, dessen Strukturen schwer von außen einzusehen seien.

In Spanien und Portugal gebe es kein entsprechendes Phänomen, so *Georgiadou,* vielmehr seien die rechten Gruppen dort sehr zersplittert. „Bis vor zwei oder drei Jahren gab es in Spanien und Portugal zwar eine wirtschaftliche, aber keine politische Krise", sagte *Georgiadou.* „Das ist ein wesentlicher Unterschied zu Griechenland, wo die Politik schon seit vielen Jahren in der Krise steckt." Inzwischen leide jedoch auch die iberische Halbinsel an einem Krisencocktail, weshalb die rechten Tendenzen dort ebenfalls zugenommen hätten.

Notwendige Konsequenzen aus der „NSU"-Mordserie

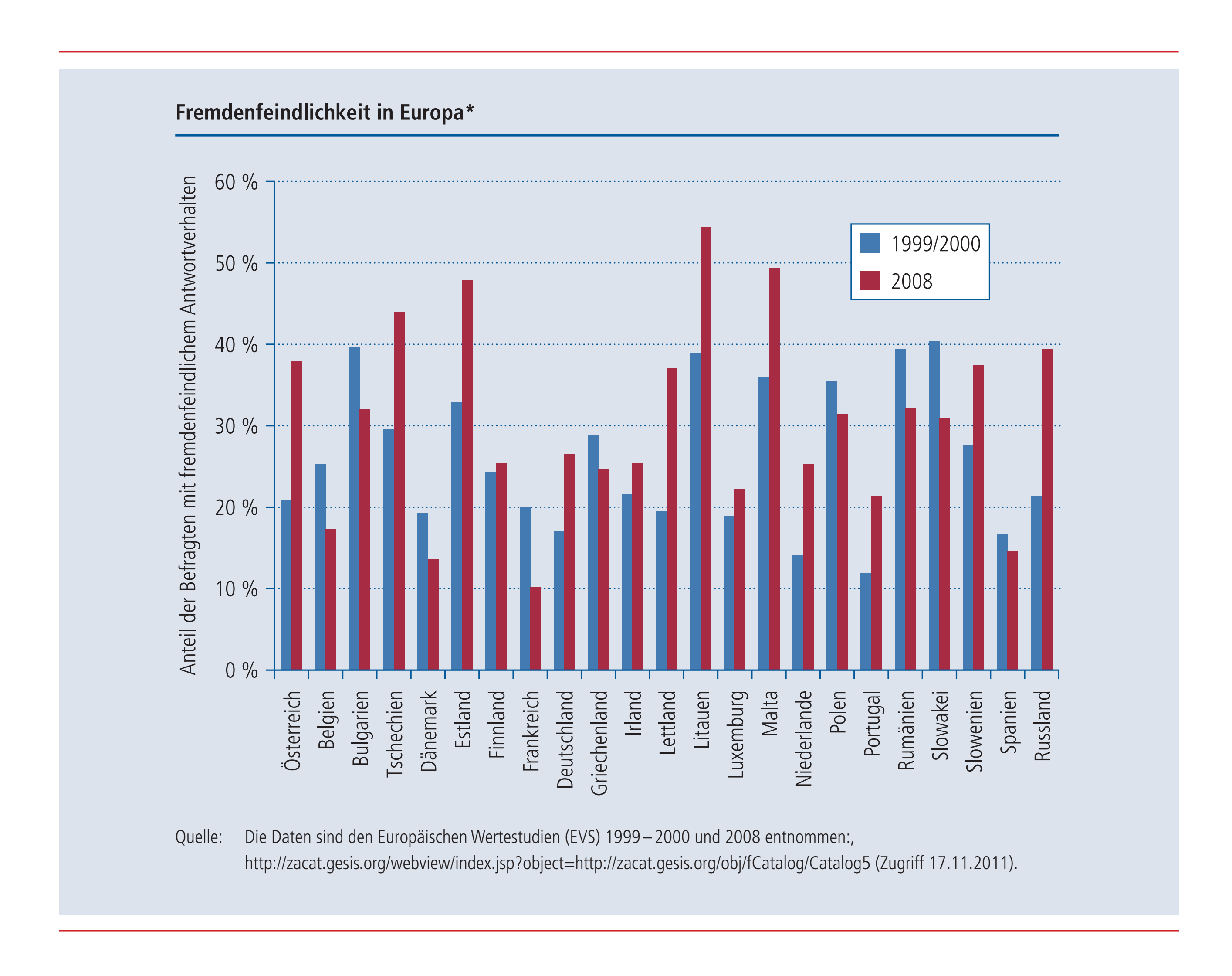
Neben einer Bestandsaufnahme rechter Tendenzen auf gesamteuropäischer Ebene und in einzelnen Ländern wurden sowohl im Rahmen der Reden als auch während der Podiumsdiskussion die notwendigen Konsequenzen aus der rassistisch motivierten „NSU"-Mordserie thematisiert. Die „Zwickauer Zelle" zeige, dass Verbrechen aus Rassenwahn in Deutschland immer noch möglich sind.

Dr. Eva Högl, MdB und Obfrau der SPD im „NSU"-Untersuchungsausschuss, sprach von einem „flächendeckenden Versagen aller Beteiligten, von Polizei, Verfassungsschutz und Justiz" und damit der Gesellschaft, denn „die Behörden sind ein Spiegel der Gesellschaft". Ausgerechnet in Richtung Fremdenfeindlichkeit sei in der Mordserie nicht ermittelt worden. *Högl* sagte, dass sich Menschen von der Realität einer gesellschaftlichen Vielfalt mitunter überfordert fühlten. Deshalb seien rechtsradi-

kale Parteien vor allem in jenen Ländern stark, die ursprünglich durch eine gewisse kulturelle Homogenität geprägt waren und inzwischen einen „Sprung zum Pluralismus" gemacht hätten. Die dadurch entstehenden Bedrohungsängste in der Bevölkerung machten sich rechte Gruppierungen zunutze. „Wir müssen gesellschaftliche Veränderungen aufgreifen und zeigen, dass die Argumente der rechten Parteien nicht schlüssig sind", so *Högl.*

Praxisorientierte Empfehlungen an Politik und Verwaltung

Dr. Harald Weilnböck, der eine Arbeitsgruppe im „Radicalisation Awareness Network" (RAN) koordiniert, beschrieb, wie sich im Rahmen dieses Netzwerkes die Fachkräfte unterschiedlicher Bereiche – etwa Sozialarbeiter, Lehrer, Medienvertreter, Polizeibeamte und Angestellte im Justizvollzug – auf europäischer Ebene begegnen, organisieren und verständigen können. Auf diese Weise entstehen Empfehlungen an Politik und Verwaltung, wo die Akteure oft keine Vorstellung davon hätten, wie beispielsweise Arbeit mit Aussteigern konkret funktioniert. Die in der Ausstiegsarbeit tätigen Experten müssten noch besser ausgebildet werden, so eine Forderung von *Weilnböck*: „Politische Entscheidungen haben direkten Einfluss auf die Präventionsarbeit, die vor Ort geleistet werden kann." Als wichtigen Bestandteil der Arbeit der Praktiker nannte *Weilnböck* die Herstellung einer Vertrauensbeziehung zu den meist jungen Leuten. Dies sei vor allem durch institutionsexterne Spezialisten, und nicht durch Schulpsychologen oder Vertrauenslehrer zu erreichen.



Quelle: Die Daten sind den Europäischen Wertestudien (EVS) 1999 – 2000 und 2008 entnommen:, http://zacat.gesis.org/webview/index.jsp?object=http://zacat.gesis.org/obj/fCatalog/Catalog5 (Zugriff 17.11.2011).

* Aus dem Sammelband: Rechtsextremismus in Europa. Länderanalysen, Gegenstrategien und arbeitsmarktorientierte Ausstiegsarbeit. Hrsg. für die Friedrich-Ebert-Stifung v. Ralf Melzer und Sebastian Serafin, Forum Berlin/Politischer Dialog, Projekt „Gegen Rechtsextremismus". Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung 2013, http://library.fes.de/pdf-files/dialog/10030.pdf.

Auch die Frage, inwieweit Verbote adäquate Mittel in der Auseinandersetzung mit rechtsextremen Gruppierungen seien, wurde im Rahmen der Podiumsdiskussion erörtert. *Eva Högl* sprach sich in diesem Zusammenhang für ein Verbot der NPD aus, warnte jedoch zugleich davor, dies als ausreichend zu betrachten: „Wenn wir die NPD verbieten, dann beseitigen wir nicht das Gedankengut, das dahintersteckt." Ein Verbot könne immer nur ein Mittel im Zusammenhang mit vielen anderen Maßnahmen sein. *Vassiliki Georgiadou* wies darauf hin, dass es zum Beispiel in Griechenland bislang noch gar keinen formalen Rahmen für ein Verfahren zum Verbot einer politischen Partei gebe.

„Die Anderen sind wir", zitierte am Schluss *Eva Högl* den Titel der Konferenz: „Das ist der springende Punkt. Wir müssen gegen Stigmata ankämpfen." Für den Ausklang der Veranstaltung sorgte die Formation *Chagiga Acoustic* mit einer Variation der Europa-Hymne, dem Hauptthema aus Ludwig van Beethovens neunter Sinfonie. Am Ende von Vorträgen und Diskussion stand so ein musikalisches Plädoyer für Freiheit, Frieden und Solidarität.

Die vollständige Dokumentation der Redebeiträge und der Podiumsdiskussion sowie Downloadmöglichkeiten des Sammelbandes und anderer Publikationen zum Thema unter www.fes-gegen-rechtsextremismus.de.




Ausklang der Veranstaltung: die Formation Chagiga Acoustic mit einer Variation der Europa-Hymne

Das Projekt **„Gegen Rechtsextremismus“** im Forum Berlin/Abteilung Politischer Dialog der Friedrich-Ebert-Stiftung bietet kontinuierlich Veranstaltungen, Publikationen und Seminare zu aktuellen Erscheinungsformen des Rechtsextremismus und zu effektiven Gegenstrategien an.

Die Publikationsreihe **„Impulse gegen Rechtsextremismus“** dokumentiert wichtige Ergebnisse unserer Veranstaltungen. Sie wird ergänzt durch die Publikationsreihe **„Expertisen für Demokratie“**, die ausgewählte Analysen und Fachbeiträge zu aktuellen Fragestellungen in der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus bietet.

Wenn Sie bis jetzt noch nicht in unserem Verteiler sind und zukünftige Ausgaben der „Impulse gegen Rechtsextremismus“ erhalten möchten, senden Sie bitte eine E-Mail mit Ihren Kontaktdaten an forum.rex@fes.de.

Mehr Informationen zu der Veranstaltung und der Arbeit der FES für Demokratie und gegen Rechtsextremismus finden Sie unter www.fes-gegen-rechtsextremismus.de.

Das Projekt wird im Rahmen des XENOS-Programms „Ausstieg zum Einstieg“ gefördert durch das Bundesministerium für Arbeit und Soziales und den Europäischen Sozialfonds.



